

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 8. November 1930

Nummer 90

Zur Wirtschafts- und Tarifpolitik

des Deutschen Buchdrucker-Vereins

3. Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit

(Fortsetzung.)

Aus dem hohen Stand der Arbeitslosigkeit, der gegenwärtig auch im deutschen Buchdruckgewerbe in rund 20 Proz. aller statistisch erfassbaren Buchdruckereiarbeiter seinen Ausdruck findet, leiten alle Wortführer des Deutschen Buchdrucker-Vereins den wichtigsten Beweis einer katastrophalen Notlage des Gewerbes ab; besonders auf der Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Harzburg konnte man dies hören. Daß diese Beweisführung zum größten Teil an der Tatsache vorbeigeht, daß trotz der hohen Arbeitslosenziffern die Zahl der Beschäftigten im gesamten deutschen Buchdruckgewerbe heute noch höher ist als in der Vorkriegszeit und auch nicht hinter die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren zurückbleibt, wird absichtlich ignoriert. Gewiß, im Verhältnis zu der im letzten Jahrzehnt erfolgten Erweiterung des gesamten Produktionsapparates mit mehr Druckereibetrieben und viel mehr Arbeitsplätzen als früher, ist die Zahl der Beschäftigten nicht im gleichen Verhältnis gestiegen. Sie wäre aber zweifellos wesentlich höher, wenn nicht die Verwertung aller Fortschritte der Maschinentechnik in- und außer-Druck in einem solchen Umfang erfolgt wäre, daß nicht nur bei gleichbleibender, sondern noch umfangreicher gewordener Auftragsmenge eine immer rücksichtsloser Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte durchgeführt worden wäre.

Wir wollen nicht bestreiten, daß durch diese, auf Prinzipalsseite selbst schon mehrfach teils mit Bedauern festgestellte, teils mit Konkurrenzgründen verteidigte Überlastung des Produktionsapparates eine relative Verteuerung der Produktionskosten infolge nicht voller und damit nicht rentabler Ausnutzungsmöglichkeit der übersehten gewerblichen Anlagen eingetreten ist. Der ersprechende Umfang der Arbeitslosigkeit belastet aber die Betriebe selbst nur in dem Umfang, wie dadurch die sozialen Versicherungsbeiträge gestiegen sind. Im allgemeinen ist aber auch dies nur eine Folge der mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in direktem Widerspruch stehenden und deshalb total verkehrten Festlegung des größten Teiles der Betriebserträge in verbesserten und größeren Betriebsanlagen, deren Verzinsung und Amortisation heute um so größere Summen erfordert, als ihre Verwertung infolge Rückgangs oder natürlichen Stillstandes der Nachfrage nach ihrer Produktionskapazität reduziert oder ausgeschlossen ist. Diese Gestaltung der Dinge gehört nach Ursachen wie Wirkungen allein in das Verantwortungsgebiet der sogenannten Wirtschaftsführer auf Unternehmensebene; weshalb es geradezu an Heuchelei grenzt, wenn aus dem ungeheuren Umfang und der Not der Arbeitslosigkeit eine unverstümmelte Notlage des Gewerbes abgeleitet wird. Wir haben genügend Beweise sowohl aus Betriebsergebnissen wie aus sonstigen Schlaglichtern auf die innere und äußere Betriebsgestaltung in vielen Teilen des Gewerbes, die deutlich erkennen lassen, daß bei einem großen Teil der neuzeitlichen Klagefieber über die Lage des Gewerbes auf Unternehmensebene Maßstäbe angelegt werden, die einer sachlichen und gerechten Beurteilung nicht standhalten können. Diese Tatsachen und Erscheinungen stehen in trassendem Widerspruch zu den wirklichen Verhältnissen auf Arbeiterseite, wo die furchtbare Idelle und materielle Not der Arbeitslosigkeit tausend-, ja millionenfach erstere Wunden schlägt, als dies in Unternehmensekreisen je möglich wäre.

Aus allen diesen Gründen, deren Zusammenhänge wir schon in den vorausgegangenen Artikeln unserer Stellungnahme zur Wirtschafts- und Tarifpolitik des

Deutschen Buchdrucker-Vereins zur Genüge beleuchtet haben, sehen wir daher die Frage einer möglichst umfangreichen Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den gewerblichen Produktionsprozeß als die heiligste Aufgabe der Gegenwart an. Mit tiefem Bedauern müssen wir jedoch feststellen, daß auf Unternehmensebene des deutschen Buchdruckgewerbes beinahe noch weniger Verständnis für diese aus der Not der Zeit geborene Forderung vorhanden ist als in andern Unternehmensekreisen. Während aus andern Unternehmensekreisen, wenn auch nur vereinzelt, Stimmen laut werden, die sich ernstlich mit der Lösung dieses Problems in der Richtung einer zweckmäßigen Arbeitszeitverkürzung befassen, müssen wir auf Unternehmensebene im deutschen Buchdruckgewerbe das Gegenteil feststellen. Schon auf der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Harzburg bewegte sich die Aussprache über die gewerbliche Lage in Bahnen, die keinerlei Verständnis für die Notlage der arbeitslosen Buchdrucker erkennen ließ. Unter der Stichmarke „Senkung der Gesteuerungskosten“ spekulierte man auf Lohnabbau, um das Lohnkonto zu entlasten; gleichzeitig will man mit Hilfe sogenannter kollegialer Abkommen eine Erhöhung des Preisniveaus erzielen; und schließlich durfte sich der wissenschaftliche Pfadfinder für Paradoxie im Wirtschaftsleben, Herr Professor Dr. Winkler, in der „Zeitschrift“ (Nr. 82 vom 14. Oktober) statt für eine Verkürzung sogar für eine Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn aussprechen. Man will also nicht nur wie bisher doppelt, sondern gleich dreifach frühstücken, und zwar durch Lohnabbau, Preiserhöhung und Arbeitszeitverlängerung! Daß niedrigere Löhne als bisher eine Senkung der Kaufkraft und damit auch eine weitere Schwächung des Warenverkehrs bedeuten, daß Preiserhöhungen in gleicher Weise wirken, und daß Verlängerung der Arbeitszeit einen weiteren Rückgang in der Zahl der Beschäftigten, also Vermehrung der Arbeitslosenzahl, nach sich ziehen müßte, das können sich die „Wirtschaftsführer“ des Buchdruckgewerbes gar nicht vorstellen. Sie spekulieren umgekehrt. Lohnabbau soll ihren Geldbeutel entlasten, Preiserhöhung ihre Taschen füllen, und Arbeitszeitverlängerung soll ihnen noch doppelten Gewinn bringen. Man sieht also, die Herrschaften rechnen nur mit sich selbst und glauben, alle übrigen Volksgenossen und insbesondere die deutschen Buchdruckereiarbeiter als so beschränkt beurteilen zu dürfen, daß diese vor so grenzenloser Proffisucht einfach die Segel streichen, sich Lohnabbau, Preiserhöhungen und Arbeitszeitverlängerung, ohne mit den Wimpern zu zucken, einfach gefallen lassen. Es hiesse die Urteilskraft unserer Leser unterwerfen, wenn wir gegen eine solche sozial- und wirtschaftspolitische Oberflächlichkeit ernstlich polemisieren wollten.

Daß der Deutsche Buchdrucker-Verein im Fieber solcher Paradoxie den Lohntarif gekündigt hat, haben wir schon in Nr. 88 bekanntgegeben; ebenso, daß unter wesentlich andern Voraussetzungen von Gehilfen Seite das gleiche gesehen ist. Da trotz aller vorher gekennzeichneten Hilfslosigkeiten und Widersprüche in der Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht vorauszusetzen ist, daß er mit einer Verwirklichung seiner Lohnabbautendenzen auf dem Wege freier Vereinbarung rechnen, darf man von vornherein annehmen, daß er in dieser Frage auf eine diesbezügliche Entscheidung mit Hilfe der staatlichen Zwangsgewalt spekuliert. Die von den Wortführern des DBV, in den letzten Jahren beliebten Klagen über die politische Lohnbildung und unerträgliche Beeinflussung der tariflichen Lohngestaltung von staatlicher Seite her erfahren dadurch eine recht sarkastische

Unterstreichung. Aber, was verschlägt das; man kündigt den Lohntarif und lauert dabei auf staatliche Hilfe, um nachher, wenn die Sache wieder einmal so schief wie möglich gegangen ist, andre Kreise dafür verantwortlich machen zu können. Die Kündigung des Lohn tariffs von Gehilfen Seite beruht dagegen auf ganz andern Überlegungen. Auch im Buchdruckgewerbe wird man nicht an einer Lösung von Zeitproblemen vorbeigehen können, die von so großer kultureller und sozialer Bedeutung sind wie die derzeitige katastrophale Arbeitslosigkeit, deren Behebung nach unserer Ansicht eine der höchsten tariflichen Aufgaben sein sollte. Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes ist dazu bereit, weil Not kein Gebot kennt, sondern Hilfe fordert von allen, die helfen können. Die Opfer, die dafür gebracht werden müssen, sind nicht so unerträglich, daß sie nicht auch von Unternehmensebene gebracht werden könnten, zumal diese bei willkürlich ablehnendem Verhalten in absehbarer Zeit sicher weit mehr zu verlieren haben dürfte, als die Arbeiterschaft.

Nach dieser mehr grundsätzlichen Darstellung der Gegensätze zwischen den Tarifparteien im deutschen Buchdruckgewerbe bezüglich einer für alle Gewerbeangehörigen erträglichen Wiedereinstellung der arbeitslosen Buchdruckereiarbeiter in den Produktionsprozeß dürfte es zweckmäßig erscheinen, eine kurze Zusammenfassung von Ansichten anderer Kreise über Möglichkeiten zur Lösung dieser Aufgabe im allgemeinen folgen zu lassen. Da jedoch der in dieser Nummer dafür zur Verfügung stehende Raum, der unter andern durch die umfangreiche, aber sehr beachtenswerte Übersicht über die Struktur des gesamten deutschen Diversifikationsgewerbes nach der letzten amtlichen Betriebs- und Berufszählung auf Seite 541 bis 544 in besonderer Weise in Anspruch genommen wird, sehen wir uns genötigt, diese Aufgabe für eine abschließende Fortsetzung dieses Kapitels in nächster Nummer zurückzustellen. (Schluß folgt.)

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Sitzung der Sekretariatskommission vom 30. Oktober 1930

Ein Schreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes gab Kenntnis von den Ursachen und vom Verlauf des seinerzeit gemeldeten Bucharbeiterstreiks in Buenos Aires. — Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands begrüßte dankend seine Aufnahme in die Buchdrucker-Internationale und erklärte, sich mit den internationalen Statuten reiflos einverstanden zu fühlen. — Nach den bisher eingegangenen Meldungen werden auch weiterhin die Kollegen Krauß, Mioson und Remecel und nun Kollege Nils Wessel (Stockholm) der Erweiterten Sekretariatskommission angehören.

Auf einen seinerzeit geäußerten Wunsch des Internationalen Buchdruckersekretariats hin gab nun der Internationale Gewerkschaftsbund die aus Argentinien erhaltene Auskunft über die dortige Bucharbeiterbewegung bekannt. Für diese Auskunft wird bestens gedankt.

Mit großer Befriedigung wurde ein Bericht über die erfolgreich zu Ende gegangene Tarifbewegung im holländischen Buchdruckgewerbe zur Kenntnis genommen. Knapp vor der Auslösung eines Streiks wurde eine Lösung erzielt, die nach der Urabstimmung unterbreitet werden soll. Der öffentliche Schlichter hat sich um das Zustandekommen einer Einigung verdient gemacht.

Der isländische Verband berichtete von seiner Absicht, in eine Bewegung einzutreten zur endgültigen Anpassung der Löhne an die wirklichen Verhältnisse, die durch den öffentlichen Index immer verschleiert werden. Die Kommission sicherte dem wackeren Verband die moralische, und, wenn nötig, auch die finanzielle Hilfe der Buchdruckerinternationalen zu.

Die Kommission stimmte den durch das Sekretariat gemäß den Amsterdamer Beschließen revidierten Statuten zu. Sie beschloß jedoch, die Drucklegung bis zur Genehmigung durch die Erweiterte Sekretariatskommission aufzuschieben.

Die Kommission nahm mit großer Befriedigung Kenntnis vom guten Verlauf der Hilfsaktion für den rumänischen Verband. Eine kritische Anzahl der angeschlossenen Verbände hat nicht nur freudig den vorgeschriebenen Beitrag von 20 Schweizer Centimes pro Kopf der Mitgliederzahl entrichtet, sondern verschiedene Verbände haben einen mehrfachen Betrag geleistet. Der rumänische Verband sprach schon vor der Entabrechnung dem Sekretariat und den Verbänden den herzlichsten Dank aus für diesen praktischen Beweis internationaler Solidarität; die Sekretariatskommission schloß sich diesem Dank in vollem Umfang an. Folgende Verbände haben bis jetzt ihren Beitrag an Rumänien abgeliefert (in der Reihenfolge der Meldung an das Sekretariat): Österreich, Belgien, Norwegen, Jugoslawien, Dänemark, Ungarn, Schweden, Tschechoslowakei, Holland, Schweiz, Memelgebiet, Deutschland, Frankreich (teilweise), Island, Luxemburg. Die noch ausstehenden Verbände werden dringend ersucht, ihre Solidaritätspflicht baldmöglichst zu erfüllen.

Am 10. und 11. Dezember wird in London eine Konferenz der drei internationalen Sekretariate des graphischen Gewerbes mit dem Vorschlagsausfluß der Kartellorganisation des graphischen Gewerbes Englands stattfinden zur Bepfändung der engeren Zusammenarbeit. Das internationale Buchdruckersekretariat wird mit fünf Kollegen vertreten sein, davon zwei oder drei auswärtige Mitglieder. Zur Vorbereitung der Angelegenheit und zur Überprüfung der neuen Statuten wird eine außerordentliche Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission zum 8. Dezember nach Brüssel einberufen.

Es wird neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß es immer noch Verbände gibt, die die Angaben betreffend Beitragsleistung und Unterstützungsbeitrag nicht in das Verbandsbuch des Mutterverbandes der fremden Kollegen eintragen, sondern diesen ein eigenes Verbandsbuch ausstellen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur das ursprüngliche Mitgliedsbuch gültig ist und daß die Mitglieder bei Nichtentragung in ihr richtiges Dokument bei ihrer Rückkehr in den Mutterverband oder in eine andere angeschlossene Organisation zu Schanden kommen müssen oder dann große Unannehmlichkeiten erleben.

Die Kommission macht in Berücksichtigung kürzlicher Vorwände darauf aufmerksam, daß jede Bewegung der angeschlossenen Verbände sofort dem internationalen Sekretariat gemeldet werden sollte. Es darf nicht vorkommen, daß ein bevorstehender Streik und die dann erfolgte Einigung nur durch die Presse zur Kenntnis des Sekretariats gelangen: Die Verbände haben ein Anrecht darauf, durch das Sekretariat direkt auf dem laufenden gehalten zu werden über den Gang einer Bewegung. Dazu bedarf es aber unbedingt der Bellesehung des Sekretariats mit den nötigen Nachrichten seitens des betreffenden Verbandsvorsitzenden.

Einige interne Fragen, sowie solche betreffend die Interpretation der Beschlüsse des internationalen Kongresses, wurden behandelt.

Österreich. Die christlichen Gewerkschaften berichten über ihre Mitgliederbewegung im Jahre 1929. Von besonderem Interesse in diesem Bericht sind die Angaben über den durch seine Streikbrecherdienste fastjam bekannten christlichen Graphischen Zentralverband. Nach dem Bericht zählt diese Mitgliedschaft einer Gewerkschaft ganze 652 Mitglieder (gegen 608 im Jahre vorher); davon sind 259 männliche und 373 weibliche Mitglieder, die sich auf 12 Ortsgruppen verteilen. Demgegenüber seien die entsprechenden Ziffern des freigewerkschaftlichen Reichsvereins der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter erwähnt, der in der gleichen Zeit 13 000 Mitglieder in sechs Gauen und 20 Ortsgruppen und außerdem noch 84 Druckorten zählt. Die Gesamtannahmen des christlichen Verbandes betragen im Berichtsjahr ganze 29 863 Schilling, denen an Ausgaben für die diversen Unterstützungen (Invalidenunterstützung feines) für die Mitgliedschaft insgesamt 7800 Schilling gegenüberstehen; die Ausgaben für die persönliche Verwaltung betragen 5520 Schilling, für die sachliche Verwaltung 5169 Schilling, zusammen an Verwaltungsausgaben also 10 689 Schilling. Von den Gesamtausgaben in der Höhe von 18 549 Schilling entfallen also an Ausgaben für die Mitgliedschaft nur 42 Proz., während die Ausgaben für die Verwaltung 63 Proz. betragen. Steht man diesen Ziffern jene des freigewerkschaftlichen Reichsvereins entgegen, wird das schärfste Wesen der christlichen Streikbrechergilde erst in ihrer ganzen Nacktheit offenbar. Die Sach- und Verwaltungsausgaben beim Reichsverein haben im Vorjahr nur etwa 12 Proz. der Ausgaben, jene für die 624 invaliden Geisigen 63 Proz. (fast 600 000 Schilling), 19 Proz. für die Arbeitslosen, 11 Proz. aller Ausgaben für die Kranken usw. betragen. Trotz der aus den wenigen angeführten Zahlen ersichtlichen traurigen finanziellen Fundierung des Graphischen Zentralverbandes wagt es dieser dennoch, unter dem Scheinheiligen Vorwand der „Wahrung der religiösen Gefühle“ auf Gimpfang auszugehen. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß der Sekretär dieser professionellen graphischen Streikbrechervereinigung ein — Daneschneider ist.

Tschechoslowakei. Von der internationalen Wirtschaftskrise wird nun auch die Tschechoslowakei immer mehr erfaßt. Die Produktionserschränkungen in den verschiedenen Industrien bedeuten naturgemäß auch für das graphische Gewerbe Verminderung an Druckaufträgen, und so schwächt sich hier die Arbeitslosenziffer von Woche zu Woche mehr an. In der letzten Septemberwoche zählte allein Prag 210 arbeitslose Setzer und 80 arbeitslose Drucker und Maschinemeister; im ganzen Verbandsgebiet

waren in dem angegebenen Zeitpunkt 637 Setzer, 163 Drucker, 5 Stereotypenreue und Gieser — zusammen also 806 — als arbeitslos gemeldet, was nahezu den gesamten Teil der Gesamtmitgliedschaft ausmacht. Vergleichen man diese Ziffern mit der Arbeitslosenzahl zu Beginn des Vorjahres, die da im ganzen Verbandsgebiet 208 und am Jahresende 303 betrug, und berückichtigt man weiter, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit gegen die früheren Jahre eine immer längere wird, so wird daraus sofort der trübsinnige Zustand im graphischen Gewerbe ersichtlich.

Norwegen. Aus dem kürzlich erschienenen Jahresbericht des norwegischen Verbandes für 1929 sind einige Daten über die Entwicklung von allgemeinem Interesse. Die Mitgliederzahl stieg von 3456 auf 3476. Die Zunahme war also sehr gering, was seine Ursache in dem allgemeinen Darniederliegen der Wirtschaft des Landes hat. Der geringe Zuwachs entfällt nur auf die Vollmitglieder (Geisigen), da die Zahl der Hilfsarbeiter zurückgegangen ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging von 701 auf 683 zurück, im wesentlichen wohl eine Folge der Einführung von Anlegeapparaten und größeren modernen Maschinen. Ein dunkles Kapitel ist der Ausschluß von Mitgliedern wegen Beitragsrückstände. Immerhin ist ein erfreulicher Fortschritt insoweit zu verzeichnen, als der Prozentatz der gestrichenen Mitglieder von 5,8 Proz. auf 3,5 Proz. zurückgegangen ist. Das Organisationsverhältnis ist gut. Von allen Arbeitern im Fach sind 91 Proz., von den Geiserten (Geisigen) 98 Proz. im Verband organisiert. Die Löhne sind ungefähr dieselben wie im Vorjahr, da der Tarif bis zum 1. April des kommenden Jahres läuft. Infolge der andauernden großen Arbeitslosigkeit waren die Ausgaben für Unterstützungen sehr groß. An Arbeitslosenunterstützung wurden 123 870 Kr. ausgezahlt und an Reiseunterstützung 6315 Kr. Infolgedessen ist der Beitrag sehr hoch — in Oslo z. B. 5 Kr. bei einem Durchschnittslohn von 75 Kr. Im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen sind die wenigsten Arbeitslosen in den Sommermonaten vorhanden, was seinen wesentlichsten Grund in den sehr günstigen Ferienbestimmungen hat, zum Teil auch darin, daß in diese Zeit die kurzen militärischen Übungen fallen. Eine geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr war zu verzeichnen. Immerhin betrug die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich für das ganze Land noch reichlich 10 Proz. Im August 1930 betrug die Arbeitslosenzahl etwa 9 Proz. für das ganze Land und 8 Proz. für Oslo. — Die 1. Landesversammlung des Verbandes ist auf den 13. April 1931 festgesetzt worden.

Belgien. Innerhalb weniger Wochen werden die Mitglieder des belgischen Typographenbundes darüber zu befinden haben, welches Ausmaß sie ihren Forderungen zu geben gedenken, die sie zur künftigen Tarifrevision zu stellen beabsichtigen. Der belgische Tarifvertrag, der am 31. Juli 1931, die Verhandlungen für einen einmaligen neuen Arbeitsvertrag „müssen spätestens am 2. Januar 1931 beginnen“. Wenn auch bisher sehr wenig über die Forderungen des Zentralverbandes hinsichtlich der zu stellenden Forderungen verlautet, so erfährt man doch, daß die Sektion Brüssel, die annähernd die Hälfte des Effektivbestandes des belgischen Verbandes in sich vereinigt, eine Kommission zum Studium der Angelegenheit eingesetzt hat. Der Bericht dieser Kommission wird in einer demnächstigen Sektionsversammlung zur Diskussion stehen. Laut Angaben des Brüsseler Sektionsorgans „Voix Typographique“ lassen sich die Forderungen der Brüsseler Geisigen in großen Zügen folgendermaßen umreißen: 1. Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit, um den immer zahlreicher werdenden Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen; 2. Gewährung von bezahlten Ferien, damit die Geisigen wenigstens einmal im Jahre sich von den nachteiligen Folgen einer allzu intensiven Arbeitsweise erholen könne; 3. eine allgemeine Lohnerhöhung. Der Leitartikel, in dem diese Forderungen in klarer Begründung dargelegt werden, schließt mit der peremptorischen Aufforderung: „Buchdrucker, die unangenehmsten Gelegenheiten habt ihr den Arbeitern unseres Landes als Vorbild gebietet durch euren disziplinierten gewerkschaftlichen Geist, durch euren Willen zum Kampf, durch euer Menschenbewußtsein. Erneut seid ihr berufen, Wegbereiter zu werden. Die Kraft eurer Organisation erlaubt euch, den Kopf zu erheben und einem nicht zu untergebenden Gegner die Stirne zu bieten. Ihr seid heute stärker als je; ihr seid die Hoffnung der in ihren Erwerbungsansprüchen bedrohten Arbeitermassen. Ihr werdet alle bereit sein zur Verteidigung eurer Interessen und ihr werdet nicht zulassen, daß man euch statt Reaktionen den Kopf mit unklaren Argumenten verleihe.“ — Um den gewerblichen Nachwuchs, die Lehrlinge, um so sicherer für den Verband zu gewinnen, hat die Sektion Brüssel vor einigen Jahren eine eigene Lehrlingssektion gebildet, die einem hauptamtlichen Lehrlingsleiter unterstellt ist und die in gewerkschaftlicher Hinsicht schon heute die besten Resultate verheißt. In einer neulichen Versammlung der Lehrlingssektion wurde angeregt, den Mitgliedern während der Einberufung zum Militär einen monatlichen Zuschuß zu gewähren, um auch während dieser Zeit den Kontakt zwischen Gewerkschaften und Arbeiterkolonnen aufrecht zu erhalten. Der Antrag wird dem Lokalvorstand der Sektion Brüssel zur Begutachtung überwiehen. — Die Sektion Brüssel verfügt momentan über ein Vermögen von 1 890 920 Fr. — Am 1. Januar 1931 wird der belgische Typographenbund seinen Interessierten die st. aufnehmen. Dieser vor einigen Jahren ins Leben gerufene Unterstützungsweig hat sich zur Aufgabe gestellt, nach Ansammlung eines bestimmten Reservefonds allen Mitgliedern, die eine 60jährige Mitgliedschaft nachweisen, von ihrem 60. Lebensjahr ab eine monatliche Rente von 100 Fr. auszuwerfen.

Frankreich. 19. Vertreter der verschiedenen Regionalgruppen des französischen Buchdruckerverbandes versammelten sich Anfang Oktober im Verbandshaus zu Paris zum Jahreskongress des Verbandes. Aktionärat. Zur Diskussion stand an erster Stelle der Jahresbericht des Zentralverbandes. In einem Rückblick auf die Tarifbewegung der ersten Region (Nord) wurden die Schwierigkeiten hervorgehoben, auf die man hierbei allentfalligen stieß. Der Kampf galt neben der Lohnfrage auch der Einführung resp. der Erweiterung der Ferien, der allgemeinen Einführung der Lehrverträge, dem Ausbau der Lehrlingsausbildung, der Feiertagsbeziehung usw. In manchen von diesen Belangen wurden bemerkenswerte Erfolge erzielt, u. a. Bewilligung von Ferien bis zur Höchstgrenze von sechs Tagen, Bezahlung aller oder wenigstens eines Teiles der Feiertage und allgemeine Verbesserung des Lohnniveaus. Diese Errungenschaften sind um so höher zu bewerten, wenn man bedenkt, daß sie, in Ermanglung von Prinzipalorganisationen, mancherorts durch Vorgehen von Betrieb zu Betrieb erzwungen werden mußten. Dabei hatte man mit Firmen zu rechnen, bei denen ein großer Teil des Personals nicht organisiert war oder dem unitären Verband angehörte. Allgemein wurde vom Zentralvorstand darauf hingewiesen, daß man sich bei den kommenden Bewegungen darauf beschränken möge, bei den zu stellenden Forderungen allen Ballast wegzulassen und sich soviel wie möglich auf den Boden der Realität zu stellen, d. h. nur solche Anträge zu stellen, die von den Beauftragten mit gutem Gewissen vertreten werden können. Nur dann kann der Zentralvorstand die Forderungen der Sektionen sanktionieren und unterstützen. Vielfach wird die Ansicht vertreten, die verschlossenen Streiks hätten mit größerer Eucht geführt werden können, wenn, wie früher, 5 Proz. Extrabeiträge durch den Verband erhoben worden wären. Der Zentralvorstand weist in der Beantwortung dieser Bemerkungen darauf hin, daß man kurz nach dem Kriege vor leeren Verbandskassen gestanden habe. Um damals auch nur die kleinste Bewegung zu unterstützen, mußte der Verband Extrabeiträge ausheben. Diese Gelder dienten z. B. dazu, den großen Pariser Streik von 1920 zu finanzieren; sie bildeten aber auch das Fundament des heutigen Verbandsvermögens. Auch jetzt heißt es dem Zentralvorstand jederzeit frei, außergewöhnliche Beiträge zu erheben, falls er dies für notwendig erachtet; er stellt aber davon ab, solange die ordentlichen Beiträge die Mittel liefern, die erforderlich sind, um den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen. Sind die Verbandsunterstützungen nicht ausreichend, so müssen die Regional- und Lokalkassen beistimmen und Zuschüsse gewähren. Man müsse bei den Lohnbewegungen überhaupt unterscheiden zwischen „Angriffs- und Abwehrstreiks“. Bei den ersteren müsse man Mut haben, abzubrechen, wenn sich die Unmöglichkeit des Erfolges offenbart. In letzteren Fällen muß man alles vermeiden, um angebotene oder aufzunehmende Verschlechterungen irgendwelcher Art abzuwehren. Die Idee der „Einheitsfront“ mit den „Unitären“ Verbänden: das wiederum die Vertreter. Zum Schluß hielt man aber doch an den Beschlüssen des Kongresses von Toulouse in dieser Frage fest, d. h. man wird sich auch in Zukunft nur durch die Interessen des Verbandes beeinflussen lassen und ein Pattieren mit anderen gewerblichen Organisationen ausschalten müssen. Man hat in den meisten Fällen von Zusammengehen mit diesen Kollegen schlechte Erfahrungen gemacht, da die Leiter der Bewegung regelmäßig nachträglich von den unitären Partnern verunglimpft wurden, selbst wenn alle gesteckten Ziele erreicht wurden, zu deren Erreichung man sich zusammengeschlossen hatte. Die Pariser Vertreter machten geltend, daß es an der Zeit sei, den Kampf zur Verbesserung der Löhne in der Provinz mit aller Energie aufzunehmen, damit die große Spannung in der Lohnsala zwischen Paris und der Provinz etwas gemildert werde. Nur dadurch werde es möglich, den Andrang der Arbeitsuchenden nach Paris einzudämmen, die eine Gefahr für die gegenwärtig ziemlich günstigen Pariser Positionen zu werden drohe. In Sachen der Einleitung der künftigen Tarifbewegungen einigte man sich auf folgende Richtlinien: 1. Alle der Prinzipalität sich zureichenden Forderungen müssen vorher dem Zentralvorstand zur Kenntnis gebracht werden. Der Entschluß des Zentralvorstandes muß abgewartet werden. 2. Um die Einheitslichkeit der Bewegung zu gewährleisten, muß der Vorort für die in Frage kommende Region einen Regionalkongress einberufen, wo sämtliche Forderungen besprochen werden. Zu dieser Zusammenkunft muß der Zentralvorstand eingeladen werden. Die weitere Ausprache berührte die Unzulänglichkeiten, die sich in der Auffstellung und Anwendung des Index bemerkbar machen. Man wird Schritte tun, um der Einführung einer geregelten Indexberechnung die Wege zu bahnen. Mit einer gewissen Genugtuung wird festgestellt, daß die Reglementierung des Lehrlingswesens im letzten Jahr große Fortschritte gemacht hat. Die schriftlichen Lehrverträge, in denen auch die Entlohnung nach dem Normen des Verbandes festgesetzt ist, kommen mehr und mehr zur Einführung. Besonders hervorgehoben wird, daß die Sektionen, die sich die Lehrlingsbildung angelegen sein lassen, durch namhafte Subsidien seitens des Staates unterstützt werden. Letzter Punkt der Tagesordnung war die Frage der Lohnbewegung im Midi (Südfrankreich). Nachdem die betreffenden Vertreter die augenblickliche Lage geschildert hatten, wies der Zentralvorstand darauf hin, daß es gelte, bei der zukünftigen Bewegung im Midi die lokalen Arbeitsbedingungen durch einen regionalen Kollektivvertrag zu regeln. — Infolge Steigens der Indexziffer wurden die Geisigenlöhne in Elsaß-Lothringen vom 24. Oktober an um 4,30 Fr. in der oberen Klasse erhöht, mit entsprechenden Erhöhungen in den andern Kategorien.

Tabelle 3: Die Verteilung der Betriebe auf die deutschen Länder und preussischen Provinzen (Gewerkeklassen XI 5 und 6).

Table with 16 columns: Länder, Provinzen und Reichshauptstadt; Einwohnerzahl in 1000; Betriebskategorie; and 14 sub-categories of enterprises. Rows list various German states and provinces like Preußen, Bayern, etc.

Tabelle 4: Die Verteilung der Betriebe auf die deutschen Länder und preussischen Provinzen, getrennt nach Größenklassen (Gewerkeklassen XI 5).

Table with 16 columns: Länder, Provinzen und Reichshauptstadt; Betriebskategorie; and 14 size classes (1-3, 4-5, 6-10, 11-50, 51-200, 201-500, 501-1000). Rows list various German states and provinces.

* Außerdem 1 Betrieb mit 1362 und 1 Betrieb mit 4021 Personen.
** Außerdem 2 Betriebe mit zusammen 2552 Personen.

Tabelle 5: Die Verteilung der Betriebe auf die deutschen Länder und preussischen Provinzen, getrennt nach Größenklassen (Gewerkeklassen XI 5 und 6 zusammen).

Table with 16 columns: Länder, Provinzen und Reichshauptstadt; Betriebskategorie; and 14 size classes. Rows list various German states and provinces.

1 Außerdem in der Größenklasse von 1001 bis 2000 Personen: 2 Betriebe mit zusammen 2425 Beschäftigten und in der Größenklasse von 2001 bis 5000 Personen: 4 Betriebe mit zusammen 14943 Beschäftigten.
2 Außerdem in der Größenklasse von 1001 bis 2000 Personen: 1 Betrieb mit 1362 Beschäftigten.
3 Außerdem in der Größenklasse von 2001 bis 5000 Personen: 4 Betriebe mit zusammen 14943 Beschäftigten.
4 Außerdem in der Größenklasse von 1001 bis 2000 Personen: 1 Betrieb mit 1063 Beschäftigten.
5 Außerdem in der Größenklasse von 1001 bis 2000 Personen: 3 Betriebe mit zusammen 3573 Beschäftigten.
6 Außerdem in der Größenklasse von 1001 bis 2000 Personen: 1 Betrieb mit 1634 Beschäftigten.

In Preußen kommen auf 100 000 Einwohner durchschnittlich 14 (18) Niederlassungen des Betriebskategorie XI 5 und 6 (in diesem Wirtschaftszweig beschäftigte Personen. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Betriebskategorie XI 5 und 6 zusammen.) Ganz bedeutend stärker ist das Gewerbe in dem Freistaat Sachsen vertreten, wo auf 100 000 Einwohner 27 (30) Niederlassungen und 740 (832) Gewerbeangehörige kommen. Die entsprechenden Anteilsschichten betragen für Bayern 16 (18) bzw. 268 (388), für Württemberg 17 (23) bzw. 251 (413), für Baden 15 (22) bzw. 149 (396), für Thüringen 15 (21) bzw. 200 (449) und für Hessen 16 (20) bzw. 221 (376). Innerhalb Preußens bleiben die vorwiegend agrarischen Provinzen selbstverständlich beträchtlich hinter dem Landesdurchschnitt zurück. So entfallen in Ostpreußen auf je 100 000 Einwohner nur 5 (7) Betriebe und 55 (152) beschäftigte Personen. Von allen preussischen Landesteilen weist naturgemäß der Bezirk Berlin die größten Zahlen auf. Hier kommen auf 100 000 Einwohner 35 (38) Betriebe und 834 (1345) Personen. Ähnlich liegt es hinsichtlich der Zahl der Betriebe in den gleichfalls fast ganz städtischen Ländern Hamburg, Bremen und Lübeck; die Hansestädte bleiben aber, was die Zahl der beschäftigten Personen anlangt, erheblich hinter Berlin zurück, und zwar kommen auf je 100 000 Einwohner in Hamburg 590 (807), in Bremen 516 (850) und in Lübeck 393 (672) in den einschlägigen Gewerbebezügen tätige Personen. Wegen weiterer Einzelheiten, insbesondere hinsichtlich der einzelnen Gewerbearten, muß auf die Tabellen verwiesen werden.

Von den 170 499 Personen, die im Betriebskategorie XI 5 und 6 (in diesem Wirtschaftszweig) beschäftigt worden sind, sind 10 114 (6 Proz.) Eigentümer, hierunter 441 Frauen. Es gibt weiter, wie man ebenfalls aus Tabelle 6 (Seite 543) erhellt, 1946 sonstige Betriebsleiter und 5362 andere technische Betriebsausführer. Das Verwaltungs-, Büro- und kaufmännische Personal umfaßt 15 776 Personen oder 9 Proz. aller Beschäftigten. Die Zahl der Gehilfen und Arbeiter (die im Material nicht voneinander getrennt werden können) beläuft sich auf 135 191 oder 79 Proz. Von allen Beschäftigten ist etwa ein Drittel (32 Proz.) weiblichen Geschlechts.

Im Verlags- und Druckgewerbe ist wegen der geringeren Zahl der kleinen Betriebe der Anteil der Eigentümer bedeutend niedriger; er beträgt nicht ganz 2 Proz. Dagegen finden wir hier bedeutend mehr Verwaltungs-, Büro- und kaufmännisches Personal (20 Proz.), was sich ohne weiteres aus den besonderen Aufgaben und Zwecken dieser Betriebe (Redaktion, Verlag, Expedition) erklärt. Der Anteil der Gehilfen und Arbeiter ist im Verlags- und Druckgewerbe wiederum geringer (72 Proz.).

Die Betriebsaufstellung ergibt, wie wir sehen, das gesamte Personal der Betriebe nach den Positionen ihres Gewerkschemas und gliedert diese Personen nur in der eben beschriebenen Weise. Es werden also, voraussetzungen vorausgesetzt, worden ist, einmal die Fachhandwerker aus den für die charakteristischsten Gewerbebezügen nicht ausgenommen, und es bleiben zweitens diejenigen Fachangehörigen gänzlich unberücksichtigt, die wohl in ihrem ersten Beruf, aber in weiten fremden Wirtschaftszweigen arbeiten (in unserem Falle vor allem in Hausdruckereien). Diese Lücke füllt die Berufszählung aus, zu der wir jetzt übergehen. Es werden dort in allen Wirtschaftszweigen für eine Reihe von typischen Berufen die Personen ausgeteilt, die zu ein und derselben Berufsgruppe gehören. Was sich dabei für unsere Zwecke herausstellt, das wird zunächst in der Tabelle 7 gezeigt.

Tabelle 7: Die Gesamtzahlen der graphischen Fachhandwerker (Berufszählung).

Table with 10 columns: Stellung im Beruf und Geschlecht; and 9 size classes (1-3, 4-5, 6-10, 11-50, 51-200, 201-500, 501-1000). Rows list various professions like Buchdrucker, Schriftsetzer, etc.

1 Dies ist in der Berufszählung die Bezeichnung für den Wirtschaftszweig XI 5, in dem die Betriebe zusammengefaßt werden, die in der Berufszählung die Gewerbearten XI 5, a und b bilden (Buch-, Stein-, Buchdrucker usw.). Auch die entsprechenden Betriebsstellen des Verlags- und Druckgewerbes sind hier eingeschlossen.
2 Davon 1960 in Schriftgießereien usw.
3 Davon 5266 in Buchdruckereien und 834 in Stein- und Buchdruckereien.
4 Davon 19 423 in Verlagen der Papierverarbeitung und -herstellung.

Danach gibt es in Deutschland an Arbeitgeber und Arbeitnehmern insgesamt 20 969 Photographen und Chemographen (eine reinliche Trennung der beiden Gruppen gestattet das Material leider nicht; wohl aber können 13 630 im Photographischen Gewerbe und 800 im Lichtspielwesen tätige Personen, die in die Zahl 20 969 eingeschlossen sind, ohne weiteres als Photographen angesehen werden). Ferner sind vorhanden 33 810 Buchbinder, 108 642 Buchdrucker, 2221 Schriftgießer und Schriftschneider*.

* Diese Zahl bezieht sich allerdings nur auf Arbeitnehmer.

10 858 Stein- und Zinkdrucker, 988 Licht-, Kupfer- und Stahlrucker sowie 6282 Lithographen.

Die Tabelle 7 zeigt auch, wie sich die Gewerbeangehörigen nach dem Geschlecht und dem sozialen Merkmal der Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit gliedern.

Der Anteil des weiblichen Geschlechts ist verhältnismäßig beträchtlich bei den Buchbindern und Lithographen. In beiden Gruppen beläuft er sich auf 16 Proz.

Die Personen in abhängiger Stellung sind in Tabelle 8 weiter nach Alter und Familienstand aufgeteilt. Die Ledigenquote ist am niedrigsten bei den Schriftgießern und Schriftschneidern mit 39 Proz., am höchsten bei den Lithographen und Chemigraphen mit 58 Proz.

Tabelle 9: Die unselbständigen Fachhandwerker nach Altersklassen, Prozentzahlen.

Table with 7 columns: Altersklasse, Schriftgießer, Chemigraphen, Buchdrucker, Buchbinder, Licht-, Kupfer- und Stahlrucker, Lithographen, Stein- und Zinkdrucker.

Schließlich sehen wir noch, in welcher Stärke die unselbständigen Angehörigen der sieben Berufsgruppen in den einzelnen deutschen Großstädten (Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern) vertreten sind.

In der Reihe der absoluten Zahlen (Tabelle 10) steht Berlin mit 27 803 an erster Stelle; es folgt Leipzig mit 13 200, und dann kommen in weitem Abstand Hamburg, München, Dresden, Stuttgart.

Tabelle 11: Die Zahl der unselbständigen Fachhandwerker in einigen Großstädten, im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Table with 6 columns: Großstädte, Schriftgießer, Chemigraphen, Buchdrucker, Buchbinder, Licht-, Kupfer- und Stahlrucker, Lithographen, Stein- und Zinkdrucker.

dann ist Leipzig mit einer Verhältniszahl von 1957 allen anderen Städten weit voran. Die zweitgrößte Zahl weist Stuttgart mit 1038 auf.

Tabelle 6: Das Personal nach der Stellung im Betrieb (Gewerbezweigen XI 5 und 6).

Large table with multiple columns: Stellung im Betrieb, im Betrieb insgesamt, Schriftgießer, Chemigraphen, Buchdrucker, Buchbinder, Licht-, Kupfer- und Stahlrucker, Lithographen, Stein- und Zinkdrucker.

Tabelle 8: Die unselbständigen Fachhandwerker nach Alter und Familienstand.

Table with columns: Berufsarten, Alter, Familienstand (verheiratet, verheiratet verw., gesch., zusammen).

Tabelle 10: Die Zahl der unselbständigen Fachhandwerker in den deutschen Großstädten.

Table with columns: Großstädte, Einwohnerzahl, Schriftgießer, Chemigraphen, Buchdrucker, Buchbinder, Licht-, Kupfer- und Stahlrucker, Lithographen, Stein- und Zinkdrucker, Berufsarten, auf 100 000 Einwohner entfallend.

Insgesamt arbeiten von den 167 165 unselbständigen Angehörigen der sieben Berufsgruppen 97 056 oder 58 Proz. in Großstädten.

und schließlich bei den Schriftgießern und Schriftschneidern 75 Proz. Damit beenden wir die Ausführungen über die Ergebnisse der letzten Betriebs- und Berufszählung.

Veränderungen vorgenommen worden sind. Vor allem muß bei dem Vergleich der Betriebszählungen die „richtige Einheit“, die der bisherigen Darstellung zugrunde gelegen hat, fallen gelassen und auf die „technische Einheit“ übergegangen werden. Wegen der begrifflichen Merkmale dieser Zählweise muß auf die Einleitung verwiesen werden. Durch den Methodenwechsel verschwinden die Betriebskombinationen der Gewerbezart XI 5e (gemischte Druckereien) und der Gewerbezart XI 6 (Verlags- und Druckgewerbe). Sie werden in ihre graphischen Teilbetriebe aufgelöst, von denen jeder für sich eine Zählweise bildet. Die nichtgraphischen Abteilungen des Verlags- und Druckgewerbes bleiben jetzt unberücksichtigt. Unter dem neuen Gesichtswinkel erscheinen hier selbstverständlich andre Zusammenfassungen als bei den bisherigen Einheiten, wenngleich die reinen Hausdruckereien aus den (wesensfremden) Gewerbezweigen, denen sie zugehören, im allgemeinen nicht als selbständige technische Einheiten ausgegliedert werden. Bei der Durchführung des Vergleichs ist weiter zu beachten, daß die bei der Aufstellung der kombinierten Betriebe verbleibenden Betriebsreste, die dem Gesamtbetrieb dienen (Verwaltungsabteilungen, Kraftzentralen, Fuhrwerksbetriebe usw.), 1925 als „Nilsbetriebe“ ausgenommen, 1907 aber auf die Teilbetriebe verrechnet sind. Ferner wirkt störend, daß die Lichtdruckereien und Sichtpausanstalten (zusammen etwa 500 Betriebe mit 2000 Personen) nur bei der letzten Zählung zum Berufsfähigungsgewerbe, 1907 aber zum Photographischen Gewerbe gerechnet worden sind. Schließlich muß auch die Verkleinerung des Gebietsumfanges des Deutschen Reiches durch den Versailler Vertrag in Rechnung gestellt werden. Alle diese Verschiedenheiten sind bei den nachstehenden Vergleichsberechnungen mit guten Schätzwerten berücksichtigt, und zwar sind die Ergebnisse des Jahres 1907 auf die des Jahres 1925 entsprechend umgestellt, allerdings abgesehen von der Berechnung der „Nilsbetriebe“, bei der entgegengesetzt verfahren ist. Auch innerhalb des Berufsfähigungsgewerbes sind durch Verschiebungen mehrere Überschiebungen herbeigeführt, die aber unaufsäbar sind, so daß wir uns, um nur ziemlich genau vergleichbare Größen zu haben, mit einer Zweiteilung des Gewerbes begnügen müssen, nämlich in Buchdruckereien, Schriftgießereien usw. und in die übrigen graphischen Gewerbe. Diese Teilung entspricht auch der Hauptgliederung der Berufsorganisationen.

In Rahmen dieser Anordnungen entsteht folgendes Bild:

Erhebungsjahre	Schriftgießereien Mischungs- betriebe		Chemogr. u. galvanogr. Betriebe		Berufsfähigungsgewerbe insgesamt
	1907	1925	1907	1925	
Betriebe	9214	4214	4140	13428	
	8720	4110	4110	12830	
	10967	3256	3256	14223	
Personen	139713	54084	193747		
	132810	53162	185981		
	181532	56841	238393		

Durch die deutschen Gebietsabtretungen sind, wie man sieht, etwa 600 graphische Betriebe mit rund 7700 Personen verloren gegangen. Seht man diese von der Zahl des Jahres 1907 ab, dann ergibt sich von Zählungsjahr zu Zählungsjahr eine Zunahme der Betriebe von 12 830 auf 14 223, mithin um 13,93 oder 10,9 Proz. Die Zahl der beschäftigten Personen hat jedoch bedeutend stärker zugenommen, und zwar um 52 412, das sind 28,2 Proz. An der Vermehrung der Betriebe ist allein die Gruppe der Schriftgießereien und Buchdruckereien beteiligt, und hier sind es wieder die letzteren, die das Wachstum im wesentlichen verursacht haben. (Über die Schriftgießereien, deren Zahl und Personal, gemessen an den Buchdruckereien, nur gering ist, läßt sich zuverlässiges nicht sagen.) Die Steigerung beläuft sich in der Gruppe der Buchdruckereien und Schriftgießereien auf 2247 Betriebe oder 25,8 Proz. Auch der weitaus größte Teil des Personenzuwachses im Berufsfähigungsgewerbe fällt in diese Gruppe. Ihr Personal hat sich von einem Zählstermin zum andern um 48 733 Personen oder um 36,7 Proz. vergrößert. Damit hat sich eine Aufwärtsentwicklung fortgesetzt, wie sie schon bei den früheren Zählungen regelmäßig konstatiert wurde. Es ist nämlich die Zahl der Buchdruckereien von 3547 im Jahre 1882 auf 6303 im Jahre 1895 und weiter auf 8948 im Jahre 1907 gestiegen (immer derzeitiges Reichsgebiet). Auch die Zahl der Personen hat sich ständig sehr erheblich vermehrt, von 42 113 auf 80 042 und schließlich auf 134 203 im Jahre 1907. Ganz anders liegt es bei der zweiten Gruppe, in der die Steinindustrie im Vordergrund steht. Wie aus der obigen Zahlenübersicht erkennbar, haben hier die Betriebe von 4110 auf 3256, also um 854 oder 20,8 Proz. abgenommen. Die Abnahme erstreckt sich allerdings nicht auf das Personal, denn dieses hat sich trotz des Rückganges der Betriebszahl vergrößert. Die Vermehrung reicht aber bei weitem nicht an den Personenzuwachs im Buchdruckgewerbe heran; sie beträgt nur 3679 Personen oder 6,9 Proz. Das Schwinden der Zahl der Betriebe geht hauptsächlich auf dem Steinindustrie zurück. Schon 1907 wurde gegenüber dem Zähljahr 1895 eine Abnahme der Stein- und Zinkdruckbetriebe von 2733 auf 2521 festgestellt, d. h., das Gewerbe rückt damals hinsichtlich der Betriebszahl sogar etwas unter den Stand des Jahres 1882. Die Personenzahl hat sich aber in umgekehrter Richtung entwickelt; sie hat in der Zeit von 1882 bis 1907 von 13 328 auf 34 512 zugenommen.

Der verschiedene Verlauf der Betriebs- und der Personenzahlen rührt natürlich von Veränderungen in der Größen-

struktur der Betriebe her. Die durchschnittliche Befestigungsstärke der Betriebe im Berufsfähigungsgewerbe betrug bei der letzten Vorkriegszählung 14,5, im Jahre 1925 aber 10,8 Personen. Für die Schriftgießereien und Buchdruckereien als gemeinsame Gruppe wurde 1907 eine durchschnittliche Befestigungsstärke von 15,2, nach dem Kriege eine solche von 16,6 festgestellt. In der Gruppe der übrigen graphischen Gewerbe ist die Befestigungsstärke von 12,9 auf 17,5 gestiegen. Das Vorbringen der größeren Betriebsformen geht noch besser aus folgenden Zahlen hervor. Wir haben oben gesagt, daß sich (innerhalb der heutigen Reichsgrenzen) das Personal im Berufsfähigungsgewerbe zwischen den beiden letzten Zählungen um 52 412 Menschen vermehrt hat, und zwar waren es im Jahre 1907 innerhalb der heutigen Reichsgrenzen 185 981, im Jahre 1925 238 393, legt man die alten Reichsgrenzen zugrunde, dann waren 1907 193 747 im Gewerbe tätige Personen vorhanden, und der Zuwachs gegenüber 1925 verringert sich auf 44 646 Personen. Diese Zahl, die man befehlungsweise nehmen muß, verteilt sich auf die üblichen Größenklassen wie folgt:

Kleinbetriebe (0 bis 5 Personen)	2 895
Mittelbetriebe (6 bis 50 Personen)	13 930
Großbetriebe (über 50 Personen)	27 821
	44 646

Es sind also 62 Proz. der Hinzugekommenen von Großbetrieben aufgenommen, 31 Proz. von Mittelbetrieben und nur 7 Proz. von Kleinbetrieben. Könnte man, was nicht möglich ist, für 1907 auf das jetzige Reichsgebiet umrechnen, dann würde nach der wirtschaftlichen Struktur der abgetretenen Gebiete der Kleinbetrieb wahrscheinlich ein wenig günstiger dastehen. Immerhin bleibt die starke Tendenz zum Großbetrieb und in zweiter Linie ein sehr erhebliches Überwiegen des Mittelbetriebes über den Kleinbetrieb bestehen. Allerdings hat sich dieser, absolut betrachtet, nicht nur behauptet, sondern sogar in sein Personal noch einige Tausende von Menschen neu aufgenommen. Daran sind aber, wie eine weitere Untersuchung ergibt, die Kleinbetriebe (Kleinbetriebe und Nebenbetriebe) nicht beteiligt; deren Zahl hat vielmehr abgenommen.

Tabelle 12: Die Entwicklung der graphischen Betriebe in den Großstädten von 1907 auf 1925.

Großstädte	Zahl der Betriebe		Veränderung	Zahl der beschäftigten Personen		Veränderung
	1907	1925		1907	1925	
Berlin	1434	1699	+265	29411	4245	+15434
Königsberg	57	61	+4	1013	1185	+172
Dresden	36	36	0	927	927	0
Leipzig	42	42	0	819	819	0
Stettin	62	90	+27	883	1346	+463
Breslau	169	184	+15	2883	3348	+465
Wuppertal	387	353	-34	6598	6861	+263
Chemnitz	674	819	+145	17161	22293	+5122
Flensburg	111	110	-1	1743	1874	+131
Magdeburg	32	35	+3	400	465	+65
Halle a. d. S.	90	115	+25	1829	2775	+944
Leipzig	60	66	+6	1140	2020	+880
Frankfurt a. M.	36	54	+18	938	1243	+305
Kiel	60	54	-6	322	531	+209
Altona	36	50	+14	498	733	+235
Hamburg	457	487	+30	5359	7391	+2032
Lübeck	81	117	+36	1282	2111	+829
Bremen	135	191	+56	3045	4200	+1155
Hannover	66	83	+17	1221	1385	+164
Braunschweig	51	62	+11	784	1172	+388
Dortmund	32	35	+3	428	428	0
Düsseldorf	21	25	+4	368	323	-45
Essen a. d. Ruhr	42	92	+50	1411	2093	+682
Münster	9	9	0	291	291	0
Bielefeld	6	6	0	133	133	0
Bonn	31	43	+12	440	668	+228
Duisburg	107	166	+59	1593	2879	+1286
Köln	234	253	+19	3563	3694	+131
Saarbrücken	131	163	+32	1263	1681	+418
Wiesbaden	64	81	+17	1343	1574	+231
Krefeld	64	77	+13	721	735	+14
M. Gladbach	70	70	0	534	534	0
Nagel	52	68	+16	877	731	-146
Kassel	232	227	-5	878	1147	+269
Frankfurt a. O.	48	52	+4	435	597	+162
Wetzlar	48	52	+4	639	990	+351
Münster	307	364	+57	6387	8938	+2551
Münster	231	199	-32	4362	4482	+120
Küsgen	49	49	0	753	753	0
Wuppertal a. Rh.	33	33	0	609	609	0
Mannheim	70	80	+10	1183	2039	+856
Karlsruhe	201	224	+23	4383	5090	+707
Stuttgart	54	54	0	1422	1422	0
Großstädte insgef.	6001	6710	+709	11906	15050	+3893

1 Zur Hauptbetriebe; Nebenbetriebe, d. h. Betriebe, in denen keine Person hauptsächlich tätig ist, sind nicht berücksichtigt.
2 1907 einschl. Charlottenburg, Altdorf (Neukölln) und Schöneberg. In den anderen übrigen Gemeinden, die in Groß-Berlin aufgegangen sind, war das Berufsfähigungsgewerbe nur unvollständig vertreten.
3 Ohne die Städte, die nicht in beiden Vergleichsjahren erschienen.

Wir wenden uns jetzt der Tabelle 12 zu, die die Entwicklung des Berufsfähigungsgewerbes in den deutschen Großstädten zeigt. Es sind 48 Städte aufgeführt, von denen drei im Jahre 1925 nicht mehr zum Deutschen Reich gehörten. Weitere neun Gemeinden waren 1907 noch nicht Großstädte, weshalb hier für 1907 keine Zahlen eingetragen werden konnten (nur die Großstädte sind vom statistischen Reichsamt getrennt ausgeführt). Es bleiben also 36 Städte für den Vergleich übrig. In diesen hat sich die Zahl der Betriebe von 6001 auf 6710 oder um 11,8 Proz. erhöht. Die Steigerung ist höher als die Zunahme der Betriebe im übrigen Deutschen Reich (10,0 Proz.). Die Zahl der zum Berufsfähigungsgewerbe gehörenden Personen ist in den 36 Städten von 11 906 auf 15 050, mithin um 38 603 oder 34,5 Proz. gestiegen. Dem steht eine Vermehrung der Personen im übrigen Deutschen Reich von nur 18,6 Proz. gegenüber. Die durchschnittliche Befestigungsstärke eines Be-

* Das sind Betriebe in denen keine Person beschäftigt ist.

triebes hat sich in den Großstädten von 18,6 auf 22,4 Personen, mithin um 20,4 Proz. erhöht; im übrigen Deutschen Reich ist sie aber nur von 10,8 auf 11,7 Personen, also um 8,3 Proz. gestiegen. Das zeigt deutlich, wie sehr die Betriebskonzentration in den Großstädten rascher fortgeschritten ist.

In der Reihe der deutschen Großstädte hat Berlin den weitaus größten Aufschwung des Berufsfähigungsgewerbes zu verzeichnen. Im 285 Betriebe und 15 434 Personen liegen die Zahlen des Jahres 1925 über denen vom Jahre 1907 (dabei sind die Eingemeindungen, soweit sie für das graphische Gewerbe von Bedeutung sind, im wesentlichen berücksichtigt). Das heißt, daß von dem gesamten Personenzuwachs im Gewerbe (52 412) fast 30 Proz. auf Berlin entfallen. Dahinter bleibt Leipzig sehr erheblich zurück. Es hat sich dort die Zahl der in graphischen Betrieben Beschäftigten nur um 5122 vermehrt. Seht man das Personal in Leipzig jeweils für die beiden Zähljahre gleich 100, dann entfällt auf Berlin eine Verhältniszahl von 171 für das Jahr 1907 und von 201 für das Jahr 1925. Daraus kommt das Zurückdrängen Leipzigs durch Berlin wohl am besten zum Ausdruck. Auf andre Städte kann hier nicht näher eingegangen werden. Hervorgehoben sei nur, daß sich hinsichtlich des Personenzuwachses an Leipzig in größerem Abstände München (2693), Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf und Hannover (1113) anschließen. In den andern Städten beträgt die Zunahme weniger als 1000. Eine Ausnahme ist nur in Kassel, Wiesbaden und Gelsenkirchen eingetreten.

Zum Schluß sei noch auf Grund der Berufszählungen ein kurzer Vergleich zwischen der Zahl der Fachhandwerker in den Jahren 1907 und 1925 durchgeführt. Dabei ist eine Auszählung nach einzelnen Fachberufen, wie sie im ersten Teil der Arbeit gesehen ist, unmöglich, weil sich die systematische Einordnung gewisser Berufsarten geändert hat. Man kann die Verschiebungen nur durch Zusammenfassung aller einschlägigen Kategorien ausgleichen, wobei die Buchdrucker, die im ersten Teil der Arbeit nebenher mit erfasst sind, unberücksichtigt bleiben müssen.

Es ergibt sich nun, daß die Zahl der in abhängiger Stellung hauptberuflich tätigen Schriftgießer und Schriftschreiber, Photographen und Chemigrafen, Buchdrucker, Licht-, Kupfer- und Stahlruderer, Lithographen sowie Stein- und Zinkdrucker in allen Wirtschaftszweigen im Jahre 1907 124 195
im Jahre 1925 134 113

betragen hat, daß also am letzten Zählstermin 918 Fachpersonen mehr vorhanden waren. In Wirklichkeit ist der Zuwachs aber größer gewesen, da die angegebene Zahl für das Jahr 1907 sich auf das derzeitige Reichsgebiet bezieht. Genaue Zahlen für die abgetretenen Gebiete liegen nicht vor; immerhin kann man mit einem Umrechnungsschlüssel zu einer brauchbaren Schätzung gelangen. Man kommt dann zu dem Ergebnis, daß sich die Zahl der Fachhandwerker in den heutigen Grenzen des Reiches um rund 15 000 Personen vermehrt hat.

Wie weit diese im Berufsfähigungsgewerbe oder in andern Wirtschaftszweigen (man denke an Hausdruckereien wie auch — hinsichtlich der Photographen — an das photographische Gewerbe) Aufnahme gefunden haben, läßt sich nicht sagen. Deshalb darf man den Zuwachs von 15 000 Personen nicht schlechthin in Beziehung setzen zu der Vermehrung des gesamten Personals im Berufsfähigungsgewerbe, die sich bekanntlich auf 52 412 Personen beläuft. Man kann aber sagen, daß die Fachhandwerker an diesem Zuwachs mit höchstens 29 Proz. (15 000 von 52 412) beteiligt sind, vermutlich aber mit einem noch geringeren Hundertsatz. Somit waren unter den Hinzugekommenen bedeutend mehr nicht technisch geschulte Kräfte aller Art, und dies läßt wiederum eine Zunahme der Industrialisierung und Mechanisierung des Gewerbes erkennen.

Hamburg. Dr. Alfred Urban.

Korrespondenzen

Vertrag. Am 12. Oktober hier abgehaltene Herbst-Bezirksversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Vertreten waren fast alle Druckorte mit insgesamt 65 Kollegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben eines vertorbenen Kollegen gelehrt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Gauvortsch Sandfort (Freiburg) einen Vortrag über „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, der mit großem Beifall besetzt wurde. Ein Antrag des Bezirksvorstandes, mit Wirkung vom 1. Oktober ab bis 31. Dezember einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche zugunsten der arbeitslosen und kranken Kollegen zu erheben, fand einstimmige Annahme. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Ergründung von vier Kollegen, und zwar: Joseph Müller, Fr. Grottel, Fr. Kaupp und Fr. Schneider. Die drei erstgenannten wurden für 25jährige Mitgliedschaft gelehrt, der letztere erhielt für 25jährige Schriftführertätigkeit ein wertvolles Geschenk. Eine rege Aussprache brachte der Punkt „Verdienen“, in welcher das unwürdige Verhalten einiger Kollegen im Bezirk scharf getadelt wurde.

München. (Münchenener.) Am 11. Oktober beging der Bezirksverein München der Bayerischen Maschinenvereingung sein 30jähriges Bestehen. Eine aus diesem Anlaß herausgegebene Festschrift gibt ein getreues Spiegelbild vom Entstehen, Wirken und Schaffen des Spartenvereins. Der Druck dieser Chronik wurde in entgegenkommender Weise von der Firma Knorr & Hirth zum verbilligten Preis ausgeführt. Der Festabend fand im „Sackerteller“ auf der Theresienhöhe statt. Trotz der Schwere der Zeit war der große Saal schon vor Beginn überfüllt und so sollte das Spartenjubäum zu einem allgemeinen Buchdruckerfest werden. Die Hauptstelle eröffnete mit schneidiger Musik das Programm. Vorliegender Kähler begrüßte die Festgäste, im besondern Gau- und Ortsvor-

stand die Vertreter der Presse, der Sechsmaschinenfabriken, der Bezirksvereine Augsburg, Freising und Kempten, die Kollegen der übrigen Sparten und nicht zuletzt den Buchdruckerergängerverein, der in kollegialer Weise seine Aufgabe zur Mitwirkung bei der Feier gegeben hatte; ganz besonders aber auch das Wiener Mandl-Quartett. Eine ganze Reihe Glückwunschkarten und Telegramme waren eingelaufen, so von der Zentralkommission der Maschinenleger, von fast allen Gewerkschaften, von den bayerischen Bezirksvereinen, soweit sie nicht persönlich vertreten waren, vom Klub der Maschinenleger Salzburgs, für die Wiener Maschinenleger vom Kollegen Tutet usw. Ortsvereinsvorsitzender Söldner sprach für die Mitgliedschaft München und die Spartenvereine die Glückwünsche aus und sand anerkennende Worte für die Arbeit in den Sparten. Der Gründungsvorsitzende des Jubiläumsvereins, Kollege K u m m e l, nahm das Wort im Namen der Senatoren und ermahnte die junge Generation zu festem Zusammenhalt nach dem Vorbild der Alten vor 30 Jahren. Kollege G r o s s e (Augsburg) hielt eine kurze Ansprache im Namen der Bezirksvereine sowie der Mitgliedschaft Augsburg und überreichte vom Bezirksverein Augsburg der Maschinenleger mit launigen Worten einen Blumenstrauß als Freundschaftsgeste. Der Buchdruckerergängerverein brachte nun „Das heilige Feuer“ von Uthmann zu Gehör und dann hielt unser zweiter Gauvorsitzender E b e r t die Festrede. Er brachte eingangs die Glückwünsche des Gauvorsitzenden zum Ausdruck und sprach dann über den Sinn solcher Jubiläumsfeiern, die nur ihren Zweck erfüllen, wenn dabei auch Rück- und Ausblick gehalten werde. Wie überall, so entstand auch die Münchener Maschinenlegervereinigung aus der Not der Zeit. Die Sechsmaschine brachte in unserm Gewerbe eine große Umwälzung. Redner zog einen drastischen Vergleich, wie sich das Problem Rationalisierung und Arbeitslosigkeit damals im kleinen Maßstab, und wie es sich heute im ganzen Wirtschaftslieben auswirkt. Auch damals wurde vom Verband und der jungen Spartenbewegung der Maschinenleger dahin getrachtet und gearbeitet, die Umstellung der Sachherstellung auf die Maschine für die Arbeiterschaft erträglicher zu gestalten durch Verringerung der Arbeitszeit und dergleichen. Ein hartes Augenmerk mußte darauf gerichtet werden, daß sich nicht Berufsstände als billige Ausbeutungsobjekte bei der Umstellung einschließen. Im weiteren Verlauf seiner von hohem gewerkschaftlichen Geist durchglänzten Rede führte er u. a. aus, daß es nicht Waisen der Technik ist, das profitgierige Unternehmertum zu bereichern, sondern die Produktions- und Arbeitsweise für die Menschheit zu erleichtern. Wenn durch kürzere Herstellungszeit der benötigten Produkte Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet werden, so muß eben ein Ausgleich durch Verkürzung der Arbeitszeit geschaffen werden. Durch geschlossene Arbeit und festen Zusammenhalt in einer starken Organisation wird die Technik nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für die Arbeiterschaft Nutzen bringen. Mit einem Appell zur Weiterarbeit im Sinne der Gründer schloß Kollege Ebert seine mit Begeisterung aufgenommenen Rede. Nach dem Musikstück „Erinnerung an Lantshäuser“ von R. Wagner sprach das Vortragsleitende Vorlesende, Frau E i s e n b e r g, den vom Vater zu Ehren der Jubilare verfaßten Prolog, und fand damit, neben dem Kollegen K e n n e r t, und G e l m e n s, sowie die jüngere Jugendfreizeit zum Spartenverein feiern. Mit Worten der Anerkennung vom Vorlesenden der Bayerischen Maschinenlegervereinigung, Kollege S o b e l, sowie Überzeugung einer Urkunde und eines Geschenks wurden die Jubilare geehrt. Und nun kam das Wiener Mandl-Quartett an die Reihe: der Clou und die Zugkraft unseres Programms, denn dasselbe hatte am Tag vorher im bayerischen Rundfunk schon tollsten Erfolg. Um den Applaus, den dieses Kollegenquartett für seine gelungenen wie humorvollen Vorträge erntete, hätte es jedes Berufsängerensemble beneiden können. Immer wieder mußten sie zugeben, selbst die Anhaltigen schritten nicht darauf, daß „ihre“ Zeit auf diese Weise befristet wurde. Und alles war in froher Stimmung und des Lobes voll über das Mandl-Quartett und die ganze Veranstaltung. Der Gesangverein brachte noch einige Volkslieder und fand damit ebenfalls viel Beifall. Bis früh 2 Uhr wurde dann dem Tanz gebuhlet. Am Sonntagvormittag fand man sich zu einem Frühstück im „Grünen Saal“ des „Augustiner“ zusammen. Hier, in dem kleineren Saal kam die Kunst der vier Wiener Mandl erst richtig zur Geltung, und jeder Teilnehmer wird gern an diese gemüßlichen und humorvollen Stunden zurückdenken. Die Gäste aus Wien sowie der Vorsitzende des Buchdruckerergängervereins, Kollege D u r t, und der Vorsitzende der Maschinenleger, Kollege K ö h l e r, wechselten herzliche Worte der Freundschaft. Auch der Abschied am Abend im Restaurant „Stadt Rosenheim“ fand in diesem Zeichen. Jeder Teilnehmer an der Jubiläumsfeier wird diese in schöner Erinnerung behalten.

Stuttgart. In unserer V e r s a m m l u n g am 8. Oktober gab Kollege K l e i n einen Situationsbericht, nachdem eines vorstehenden Kollegen ehrend gedacht worden war. Die Leitung der „Silbdeutschen Arbeiter-Zeitung“ hat den Betriebsratskonflikt durch Wiedereinstellung des Vorstehenden, Abfindung eines Beiführers mit 1200 M., (dem Vorstehenden waren 3000 M. Abfindungssumme geboten) und Zurücknahme der Kündigung bei drei anderen Entlassenen aus der Welt geschafft. Auf wie lange, muß abgewartet werden. Die wiederholte Bitte um Abgabe von noch tragbaren Kleidungsstücken und Schuhwerk für bedürftige durchgehende Kollegen wurde früher befolgt und wird auch diesmal keine Fehlbild sein. Die allgemeine Notlage, die noch nicht einmal einen Höhepunkt in der Abwärtsbewegung zeigt, wird noch viele Kollegen an den Rand der Verzweiflung treiben. Ihnen hier Sorgen für den kommenden Winter abzunehmen, ist Pflicht eines jeden noch im Erwerbsleben stehenden. Nutzung des Gauaufwusses von 10 M. auf 5 M. im Monat, der unsre invidien Kollegen traf, fand weniger bei diesen Kritik als bei solchen, die noch arbeitsfähig sind. Es blieb kein anderer Ausweg bei der raschen Steigerung der Invalidentafeln im Gau. Auch der Extrabeitrag von 30 Pf. in der Woche für Unterstützung ausgesetzter Arbeitsloser ist eine durch Not diktierte Maßnahme. Der Ablauf des Lohnabkommens zwingt uns, die Geldmittel nicht zu sehr anzugreifen. Bei der Aussprache regte ein Kollege, der die Unterstützung

und den Extrabeitrag als notwendig anerkannte, eine Staffellung dieses Extrabeitrages an. Wenn ein oppositioneller Redner dem ADGB, den Vorschlag machte, er nehme sich der Arbeitslosen nicht an, ist dieser Vorschlag lediglich als Schlagwort zu werten. Seine weitere Forderung ging dahin, daß nicht im Rahmen der Einzelverbände Abschlüsse geschlossen werden dürfen. Die Gesamtheit müsse für die Arbeitslosen eintreten, vor allem aber der ADGB. Das Wie, bei dessen beschränktem Geldmitteln, überlassen sich großzügige Quaalüber dem Ermessen der Gesamtheit. Politische Geschehnisse (Bestimmung im heiligen Gemeinderat über eine von der SPD. beantragte Winterbeihilfe an Erwerbslose, die von den SPD. Vertretern, weil unaufrichtig, keine Unterstützung fand) müssen den Buchdrucker in deren Gewerkschaftsversammlungen zeigen, welche „Talente“ sie brachten lassen. Die Ausführungen dieses Redners zum ablaufenden Lohnabkommen wären höchst wichtig, wenn unsre Vertreter einseitig diktieren könnten und nicht zäh um jede Position kämpfen und handeln müßten. Ein weiterer Redner fand Worte des Lobes an alle jene Kollegen, die tagtäglich Ruhe um Ruhe abstopfen, um ihre Arbeitskraft anzubieten. Bei solchem Unterfangen sei es nicht verwunderlich, wenn die überlaufenden Prinzipale an Abbau der Leistungszulagen heranwollten. Auch den Arbeitsnachweiser könnte er den Vorschlag nicht erparen, an diesem Zustand Schuld zu haben. Den arbeitssuchenden Kollegen werde von dort der Rat erteilt, sie sollten sich selber um Arbeit bemühen. Redner wünschte Vermittlung genau nach dem Eintrag in die Arbeitslosenliste. Dem ersten Teil dieser Ausführungen konnte Kollege K l e i n zustimmen. Den letzteren erklärte er aus technischen Gründen unaufrichtig. Wenn Spezialkräfte angefordert würden, könne nicht laufend vermittelt werden. Doch sei im allgemeinen dieser Zustand schon praktisch in Kraft. Auch Druckereien forderten öfters Kollegen an, die in ihrem Betrieb früher mit Körperproben der Wiedereinstellung bei besserem Geschäftsgang entlassen worden seien. Auch heutzutage sei wenig zu machen. Ein zweiter Redner der Opposition kritisierte die Maßnahme des ADGB, die der SPD. zugute kam. Mit diesem Geld hätte man den Arbeitslosen unter die Arme greifen können. Präsen hören sich schön an und schänden Eindruck bei solchen, die nicht nachdenken. Eine Million Mark an zwei Millionen Arbeitslose ergeben immerhin 50 Pf. Unterstützung! Diese Hilfe macht die Armen nicht reicher beim Unter-die-Arme-greifen. Es ist schon besser, wenn mit der Gesamtsumme eine Partei Unterstützung erfahren hat, die auf geschickter Grundlage das Wohl des arbeitenden Volkes fördert und erzieht, meinte der Vorlesende. Diesem Situationsbericht schloß sich ein Vortrag des Professorens Dr. K ö n i g von der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. an. Sein Thema, „Sozialistische Kultur- und Erziehungsprobleme“, stellte die zahlreichen Erörterungen vom Beginn bis zum Schluß. Ein kurzer Rückblick auf den Waplausgang nötigte dem Vortragenden den humoristischen Sinnes, als daß wir nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu verlieren verständen. Ein Wunder bei solcher Wahlhebe aller gegen eine Partei sei dieser Verlust nicht. Gerade dieser Grund, Kampf aller gegen die durch die sozialistische Partei vertretene Arbeiterpartei, sei es, der immer mehr dazu führe, uns, die alte Bevölkerung freizumachen. Wir schaffen eine neue eigene Kultur, in den von Bürgertum so sehr verurteilten Ausdruck von Karl Marx: „Der Arbeiter muß zuerst essen, dann philosophieren“, gliedert sich die dreifache Kulturforderung der Arbeiterklasse: 1. die Welt sei gerecht, 2. die Welt sei reich, 3. die Welt sei schön. Die drei Grundforderungen begründet der Vortragende in leichtverständlichen Ausführungen. Ebenso die Unterscheidung zwischen Bürgertum und der Arbeiterklasse in kulturellen Dingen. Jedem Proletarier, dem die Ausstellung von Flugschriften, die Kaffierung von Beiträgen usw. übertragen wird, stelle der Redner das Zeugnis aus, daß er Arbeit an der proletarischen Kultur leiste. Arbeitslosigkeit bedeute Dynamik, das Staaten auseinander sprengt, ebenso lege sie kulturelle Fortschritte lahm. Aus Erfahrungen, die er bei Reisen in Nordnordischen Ländern sammelte, konnte der Redner die hohe Kulturstufe dort lebhafter Bauern erklären. Ihnen, abgegliedert in Einzelgehöften von Umwelt und Zeitergebnissen, bleibt Zeit und Ruhe, an der Familienarbeit zu lernen und weiterzuschaffen. Einsamkeit regt zum Nachdenken an. Beim Gewerbe ist es schon nicht mehr so. Selten geht dort die kulturelle Rückschau über drei Generationen zurück. Wie kurz erst bei den Arbeitern. Ein Beweis für Karl Marx' Ausspruch, die Art des Philosophierens hängt von unserm Essen ab. Die Kulturen nennt Redner Quellwerte. Die Wirtschaft ist ewig. Kapitalwirtschaft vorübergehend. Auch Kultur ist ewig. Unse Aufgabe ist es nun, aus der Kultur die spezifisch-kapitalistischen Züge herauszunehmen und spezifisch-proletarische hineinzubringen, um nicht mehr auf Surrogate angewiesen zu sein, diesen Folgen der Klassen-scheidung. Der Herrtentum im kapitalistischen Staat charakterisiert das geistige Leben: Notord und Schmelzjargon haben tiefe Wurzeln gefaßt. Die große Masse bildet dabei die Ablagerungsschicht. Am hier Wandel zu schaffen bedarf es angestrebter Arbeit und Erziehung. Einzelstätigkeit führt nicht zum Ziel, die Masse muß in Aktion treten. Die heutige oberflächliche Jugend findet Befriedigung an Einzelkämpfen politischer Natur. Die geistige Aufklärung ging verloren. Geistiges Leben ist traumbedürftig. Dabei zeigt sich wiederum der Unterschied zwischen Bauern und Arbeitern. Der Bauer ist pessimist, der Arbeiter dagegen fällt auf jede Demagogie herein. Letztere hegen geradezu Sucht nach Illuzinationen. Es ließe sich sonst das starke Anwachsen der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht begreifen. Durch statistische Feststellung ist bewiesen, daß die Lebenswissenschaften der Arbeiter dabei nicht Politik ist, sondern: 1. Agronomie, 2. Biologie, 3. Soziologie. Doch forderte der Vortragende auch intensive Mitarbeit bei Schaffung proletarischer Kultur. Unser Haß gegen die Einrichtungen, nicht der Menschen. Weil die Einrichtungen in heutiger Kulturleben gegen die Arbeiterklasse sich auswirken, muß an deren Stelle etwas Besseres treten. Für Erreichung dieser Kulturziele zwingt Redner die Wege und Schritte, die dazu notwendig sind. Stirnweiser, nicht endwollender Befehl bewies, wie sehr die Worte den Hörern zu Herzen gebrungen. Kollege K l e i n dankte für die Stunde der Erbauung und Erhebung. Vorgeführte Zeit ließ keine Distinktion zu.

Allgemeine Rundschau

Ministerielle Verfügung gegen Überstundenleistung. Der preussische Handelsminister hat von neuem angeordnet, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten die bedürftige Genehmigung von Überarbeit auf das äußerste einschränken sollen. Die Beamten sollen bei ihren Betriebsbesichtigungen dahin wirken, daß auch von tarifvertraglich zulässigen Überstunden insoweit kein Gebrauch gemacht wird, als die jeweiligen Verhältnisse eine Mehrleistung von Arbeitern ermöglichen. Die tarifvertraglich zulässigen und unzulässigen Überstunden müssen eingeschränkt werden.

Weitere Unterdrückung von Zeitungen in Polen. Die Druckerei Concordia (frühere Merzbach'sche Buchdruckerei) in Posen ist nach einer Besichtigung durch einen Wojwodschafsbefehlerten plötzlich geschlossen worden. Als Grund wurden angeführt sanitäre und baupolizeiliche Mängel angegeben. In der Druckerei erschien das „Posener Tageblatt“, die einzige deutsche Zeitung Posen, deren Leser jetzt während des Wahlkampfes ohne Organ sind. Durch die Schließung dieser Druckerei, die bisher als Musterbetrieb galt, werden etwa 150 Personen, Deutsche wie Polen, arbeitslos. Noch kurz vorher standen gegen den verantwortlichen Redakteur des „Posener Tageblattes“ drei Freiprozesse zur Verhandlung, von denen der erste verlagert wurde, während in dem zweiten der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis und im dritten zu 150 Zloty Geldstrafe verurteilt wurde. Auch in Wlonskowitz in der ehemaligen Provinz Posen ist die Druckerei der „Wlonskowitz Zeitung“ und in Pleschen die dortige Papierwarenfabrik bedürftlich geschlossen worden.

Abhandlung von Redakteuren in Polen. In Wlonsk wurde der bekannte Journalist und Abgeordnete Professor Stronitz in dem Nebenloca eines Hotels plötzlich von zwei Männern überfallen. Der eine überreichte ihm einen Brief, in dem sich ein leeres Blatt Papier befand. Als Stronitz fragte, was heißen solle, erhielt er sofort einen Faustschlag ins Gesicht. Der Mann warf darauf noch mit Gläsern und allem, was ihm in die Hände kam, auf Stronitz, während der andre an der Tür Wache hielt. Die Angreifer konnten verhaftet werden. Ein anderer überfall geschah auf der Chefredaktion des Lemberger „Kurjer Poranny“, Dr. Swierki. Dieser kam in einem Wagen in eine benachbarte Gemeinde, um dort einen Pfarrrer zu besuchen. Unterwegs folgte ihm ein Auto, das sich dem Wagen entgegenstellte. Dem Auto entfielen zwei Herren; sie richteten die Revolver auf Swierki und seinen Begleiter und zwangen diese, 600 Zloty herauszugeben. Dann wurde Swierki verprügelt, wobei er schwere Verletzungen an Kopf und Händen davontrug. In Oberhiesleben wurde der Stadterordnete und Herausgeber des „Sobruer Stadtblattes“, Paul Sunob, in Sobrau beim Verlassen des Stadthauses überfallen und derart geschlagen, daß er benennungslos liegen blieb. Sein zum Schuß vorgestreckter Arm wurde gebrochen. Der schwerverletzte 65jährige Sunob mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo er nach ärztlichem Gutachten mindestens fünf bis sechs Wochen, zubringen muß.

Theorie und Praxis. Von der „Dresdner Volkszeitung“ wurde kürzlich die Feststellung gemacht, daß im Betrieb der Dresdner kommunizierten „Arbeiterstimme“ kein Betriebsrat existiert. Infolgedessen sind in der letzten Zeit zahlreiche Personen aus dem Betrieb der „Arbeiterstimme“ hinausgeschoben, ohne Einpruch beim Betriebsrat erheben zu können. Diese Feststellung wird freilich die „Arbeiterstimme“ nicht hindern, weiter über die Berrugtheit der kapitalistischen Wirtschaft zu schreiben und für die Erweiterung der Arbeiterrechte einzutreten! Von der „Volkszeitung“ für das Bogtland“ wurde mitgeteilt, daß im Stadterwerb Brodau, das dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Buschmann gehört, täglich von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit einer Stunde Mittagspause, also elf Stunden am Tag, gearbeitet wird. Es gibt weder Frühstills noch Vesperpause. Nach dem genannten Blatt zählt Buschmann 45 Wf. Stundentlohn. Man kann aus diesen Tatsachen ersehen, daß auf der Rechten wie auf der Linken zwischen politischer Theorie und Praxis ein beträchtlicher Unterschied besteht.

Schlichter für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie. Die zur endgültigen Regelung der Löhne in der Berliner Metallindustrie von den Parteien vereinbarte neue Schlichtungsstelle ist nunmehr gebildet worden. Sie wird voraussichtlich am Freitag dieser Woche (7. November) zusammentreten. Den Vorsitz wird der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führen. Außer ihm hat der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit den beiden Parteien den Oberbürgermeister Dr. Jarres (Duisburg) zum Vertreter der Unternehmer und den Professor Dr. Singheim (Frankfurt a. M.) zum Vertreter der Arbeiterklasse ernannt. Beigetragen hat als einer der besten Kenner des Arbeitsrechts die Sache der Gewerkschaften auch in dem großen Nordwestkampf vor dem Reichsgericht vertreten.

Neuer Vorstoß der Arbeitgeberverbände. In ihrer Sitzung vom 3. November hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sogenannte Nichtkündigungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Spitzenorganisation der Unternehmer den Forderungen der Gewerkschaften in keiner Beziehung auch nur das geringste Verständnis entgegengebracht. Den härtesten Widerstand sehen die Industriegewerkschaften einer etwaigen Arbeitszeitverkürzung durch gesetzlichen Zwang entgegen. Sie wüßten Gefahr. Seitdem die preussische Regierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm die Entlassung von Arbeitern von der vorherigen Einführung der 40-Stunden-Woche abhängig gemacht hat, sind auch immer weitere Bewusstseinskreise zu der Erkenntnis gelangt, daß die Einschränkung der durch die technische Entwicklung und die Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß nur durch eine wirkungsvolle allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit möglich sein wird. Der Gedanke der 40-Stunden-Woche beginnt sich Bahn zu brechen, auch durch praktische Beispiele, die aus einigen Industrien bekannt wurden. Am so schwereres Gefühl führt die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dagegen auf. Sie betont in ihren Nichtkündigungen u. a. daß die Selbstkontingentierung der deutschen Wirtschaft, soweit sie durch den Lohn beeinflusst wird, nur durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung

